

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2010 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2010)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7902

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und gebe zur Einbringung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes das Wort an unseren Finanzminister, Herrn Dr. Linssen. Bitte schön.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In wenigen Tagen jährt sich die Insolvenz der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers. Seit dem Zusammenbruch der Bank am 15. September 2008 ist auf den internationalen Finanzmärkten nichts mehr wie vorher. Die Staaten weltweit stehen vor der größten Herausforderung der Weltwirtschaft in der Moderne. So jedenfalls bezeichnen die Vertreter der G-20-Staaten die Weltwirtschaftskrise in ihrer Abschlussklärung zum Londoner Finanzgipfel vom 2. April 2009.

Aufgrund der anhaltenden Krise schätzt der Internationale Währungsfonds, dass die Weltwirtschaftsleistung 2009 um 1,3 % zurückgehen wird. Für den Welthandel erwartet er einen Rückgang um 11 %. Die OECD prognostiziert sogar einen Rückgang von 12 %. Deutschland mit seiner hohen Exportabhängigkeit hat im letzten Jahrzehnt stark vom weltwirtschaftlichen Wachstum profitiert. Das heißt im Umkehrschluss: Deutschland ist jetzt besonders stark vom Schrumpfungsprozess betroffen.

Für das gesamte Jahr 2009, meine Damen und Herren, rechnet die Bundesregierung ebenso wie die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten mit einem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um 6 %. Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht ist damit erheblich gestört.

Erfreulicherweise mehren sich jüngst die Anzeichen für eine Besserung der konjunkturellen Lage. Die Exportzahlen bessern sich ebenso wie die Auftragseingänge in der Industrie und im Baugewerbe. Auch bei den Unternehmen wächst der Optimismus angesichts verbesserter Geschäftserwartungen.

Die ersten Wirtschaftsforschungsinstitute korrigieren bereits ihre Prognosen für das laufende und das kommende Jahr leicht nach oben. Ich glaube, wir alle freuen uns über diese hoffnungsvollen Signale. Aber ich kann vor verfrühter Euphorie nur warnen. Es gibt noch genug Unsicherheiten und Risiken. Wir

fahren immer noch auf Sicht, wenn sie auch heute klarer ist als noch vor einem Jahr.

Die konjunkturelle Lage bleibt angespannt. Wir sind, wie man im Rheinland so schön sagt, um Schmitz-Backes noch nicht herum. Die nächsten Monate werden daher wie auch die zurückliegenden Jahre von harter Regierungsarbeit geprägt sein. Für uns heißt dies weiterhin, das zum Wohle der Bürger unseres Landes Notwendige zu tun.

Dazu muss man manchmal auch vermeintlich unpopuläre Entscheidungen treffen. Das Aufspannen von Rettungsschirmen, die Milliarden-Garantien für Banken sind für viele ein Reizthema. Sie sind aber alternativlos, weil damit die Kreditversorgung der Unternehmen im Land und damit viele hunderttausend Arbeitsplätze gesichert werden konnten.

Würde, meine Damen und Herren, eine systemrelevante Bank wie die WestLB kippen, zöge sie die Sparkassen mit in den Strudel. Dann wäre mit der Kreditversorgung des Mittelstandes, umgangssprachlich gesagt, Schicht im Schacht. Wenn man also die Menschen in den Betrieben schützen will – denn sie haben sich nichts zuschulden kommen lassen –, sind die Garantien für die Banken, auch für die WestLB, zwingend. Die Kreditversorgung des Mittelstandes wäre ansonsten flächendeckend in Deutschland gefährdet.

Deshalb ist dieses Thema auch nicht geeignet für politische Spielchen. Hier geht es um die Zukunft der Menschen in Nordrhein-Westfalen. Es wäre schön gewesen, wenn bereits 2008 alle Beteiligten Verantwortungsbewusstsein gezeigt hätten. Stattdessen haben sich hier einige in die Büsche geschlagen und sich vor der Verantwortung gedrückt. In schwierigen Zeiten, meine Damen und Herren, zeigt sich, ob jemand geeignet ist, Verantwortung zu übernehmen.

Unser Konsolidierungskurs der vergangenen Jahre zahlt sich in diesen Tagen aus. Die in den letzten vier Jahren deutlich verbesserte finanzielle Basis des Landes hilft uns heute, den krisenbedingten Anstieg der Neuverschuldung zu begrenzen – trotz tatsächlicher Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

Keine Frage: Aufgrund wegbrechender Einnahmen steigt die Nettoneuverschuldung im kommenden Jahr auf 6,596 Milliarden € an. Niemanden wurmt das mehr als mich. Aber trotz einer historisch einmaligen Krise bleibt die Nettoneuverschuldung um fast 130 Millionen € unter der Rekordneuverschuldung aus dem Jahre 2004. Damals machte die Regierung Steinbrück 6,724 Milliarden € neue Schulden – und das in einer Situation ohne vergleichbare Wirtschaftskrise.

(Sören Link [SPD]: Donnerwetter! – Ewald Groth [GRÜNE]: Wie viele Steuereinnahmen haben Sie denn jetzt?)